



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 05.10.2017**

Sitzungsnummer: v.-Ver/037/2017

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
----------------------	--

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Thomas Große	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Heidrun Ott	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Matthias Herzog	
Herr Georg Hofmann	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Vertreter der Presse

2	
---	--

Zuschauer/innen

30	
----	--

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Herr Jörg Rüppel	
Herr Michael Schmidt	

SPD-Fraktion

Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Andreas Hölzel	
---------------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Vanessa Grauer	
---------------------	--

FDP-Fraktion

Herr Manfred Lister	
---------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	

Ortsvorsteher

Herr Walter Hoefel	
Herr Thomas Rehbein	

Beginn der Sitzung:

19:05 Uhr

Ende der Sitzung:

22:25 Uhr

- FB 1 -

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 30.09.2017 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Da Frau Hippe von der SPD ihr Mandat niedergelegt hat, rückt als Nachrücker Herr Knut John nach. Dieser wird begrüßt und er bekommt verschiedene Unterlagen inkl. einer Eschweger Krawatte überreicht.

Anschließend stellt sich Herr Stv. John kurz vor und gibt einen Überblick über seinen Werdegang.

Herr Stv.-V. Hamp würdigt die Verdienste von Frau Hippe und gibt bekannt, dass eine Ehrenurkunde mit Präsent durch Herrn Arifi übereicht wird.

Das Protokoll vom 24.08.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 18, Nein: 2, Enthaltungen: 9

Herr Bgm. Heppe gibt bekannt, dass der Top 5 zurückgezogen wird.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

TOP	Titel
1.	Grundstücksverkauf im Industriegebiet Thüringer Straße Vorlage: 2017/0104/SVV 5
2.	Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge in der Kreisstadt Eschwege hier: Grundsatzbeschluss Vorlage: 2017/0105/SVV 5
3.	Erlass einer Sperrbezirksverordnung für das Gebiet der Kreisstadt Eschwege Vorlage: 2017/0106/SVV 7
4.	Sanierungsgebiet „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ und Erweiterung Sanierungsgebiet „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ Fortschreibung der Rahmenplanung und der Sanierungsziele Vorlage: 2017/0107/SVV 8
5.	Antrag der SPD- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. Neuplanung Ausgleichsmaßnahme Niederhone..... 9
neu	9
6.	Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Aufwertung der Familienkarte Plus mit neuen Vergünstigungen 10
neu	10
7.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Errichtung eines Freibades in Eschwege 12
neu	12

**1. Grundstücksverkauf im Industriegebiet Thüringer Straße
Vorlage: 2017/0104/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Stabsstelle 03, Fachbereich 4, Fachdienst 41, Fachdienst 43

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender Ausschuss für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss und gibt für die CDU-Stv.-Fraktion bekannt, dass diese das Vorhaben ebenfalls begrüßt.

Beschluss:

Dem Verkauf einer noch zu vermessenden Teilfläche in einer Größe von ca. 15.000 m² aus dem Grundstück Gemarkung Eschwege Flur 1, Flurstück Nr. 37/7, im Industriegebiet Thüringer Straße zu den vorerwähnten Konditionen wird zugestimmt.

Alle im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Erwerbers.

Der Beschluss der Stv.-Versammlung vom 08.06.2017 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**2. Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge in der Kreisstadt Eschwege
hier: Grundsatzbeschluss
Vorlage: 2017/0105/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 21, Fachbereich 4

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Stv. Dr. Bödicker (Vors. Ausschuss für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Bauen und Umwelt. Der Sachverhalt ist seit 2013 in Hessen möglich und auch in anderen Bundesländern, die dies bereits eingeführt haben, sind keine Beschwerden vorhanden. Die Ausschüsse empfehlen daher die Annahme der Beschlussvorlage.

Stv. Gassmann bemängelt die fehlende Aussage zu den Abrechnungsgebieten und zum Verwaltungsaufwand. Er findet das Verfahren ungerecht, da bei den Grundstücken keine Aufwertung erfolgt. Eine Rückkehr zum bisherigen Verfahren sei nicht möglich und die Personal- und Gutachterkosten können nicht umgelegt werden. Er sieht in dem neuen Verfahren die Einführung einer neuen Steuer. Als Alternative schlägt er vor, die 2014 erhöhten Straßenbeitragsanteile wieder auf das ursprüngliche Maß zurückzuführen. Stv. Gassmann bestreitet, dass die Kommunalaufsicht die Beitragshöhe erzwingt.

Er beantragt daher, bevor abgestimmt wird, eine Bürgerversammlung einzuberufen und dass der TOP noch einmal im Ausschuss beraten wird.

Stv.-V. Hamp will eine Bürgerversammlung einberufen, wenn Ergebnisse vorliegen.

Bgm. Heppel erwidert, dass die momentan erhöhten Sätze eine Auflage der Aufsichtsbehörde waren.

Stv. Schneider hatte auf eine ruhige Debatte gehofft und denkt, dass Einigkeit darüber besteht, dass die Stadt sich an Recht und Gesetz zu halten habe. Er bestätigt, dass die Kommunalaufsicht die z. Z. erhöhten Beiträge gefordert habe und dass es in dem vorliegenden Punkt verschiedene Sitzungen mit der Möglichkeit, Fragen zu stellen, gegeben hat.

Nachdem das Land Hessen die Möglichkeit der Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge ermöglicht habe, sollten diese auch zu einer gerechteren Lastenverteilung eingeführt werden. Es werde eine schwierige Umstellung, aber diese sei zu schaffen.

Stv. Feiertag meint, dass das Land Hessen dafür zuständig sei, die Kommunen für den Straßenbau besser auszustatten. Da dies leider nicht so sei, bestehe eine Möglichkeit der besseren Verteilung darin, die wiederkehrenden Straßenbeiträge zu erheben. Wichtig sei es, die Bürger an der Entscheidung zu beteiligen.

Stv. Dietrich fühlt sich vom Land unter Druck gesetzt und man solle sich dagegen wehren. Man könne bei der bisherigen Regelung auch eine großzügige Ratenzahlung beantragen.

Stv. Gassmann schließt sich Stv. Dietrich an und bringt die von der SPD-Stv.-Fraktion genannte jährliche Belastung von 50,00 bis 80,00 €/Bürger ins Gespräch. Er bezweifelt diese Höhe. Es solle in einer Bürgerversammlung vorher informiert werden.

Stv.-V. Hamp will erst einen Beschluss abwarten.

Stv. Schneider widerspricht Stv. Dietrich und meint, wenn die spätere Satzung keine Mehrheit finde, bleibe es beim bisherigen Verfahren.

Stv. Dietrich erklärt, das Land Hessen verweigere den Kommunen Geld und deshalb stimme er nicht zu.

Änderungsantrag der Die Linke-Stv.-Fraktion:

- a) *Die Kreisstadt Eschwege stellt das bisherige System der einmaligen Straßenausbaubeitragserhebung auf das System der wiederkehrenden Straßenausbaubeitragserhebung um.*
- b) *Mittel von bis zu 50.000 € werden für das Jahr 2017 außerplanmäßig im Produkt 541.01 bereitgestellt.*
- c) *Im Stellenplan sind ab dem Jahr 2018 bis auf weiteres zusätzlich 0,5 VK bis zur Vergütungsgruppe EG08 im FD 21 einzuplanen.*
- d) *Der TOP wird zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss überwiesen.*

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 3, Nein: 26, Enthaltungen: ---

Beschluss:

- a) Die Kreisstadt Eschwege stellt das bisherige System der einmaligen Straßenausbaubeitragserhebung auf das System der wiederkehrenden Straßenausbaubeitragserhebung um.
- b) Mittel von bis zu 50.000 € werden für das Jahr 2017 außerplanmäßig im Produkt 541.01 bereitgestellt.
- c) Im Stellenplan sind ab dem Jahr 2018 bis auf weiteres zusätzlich 0,5 VK bis zur Vergütungsgruppe EG08 im FD 21 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 26, Nein: 3, Enthaltungen: ---

3. Erlass einer Sperrbezirksverordnung für das Gebiet der Kreisstadt Eschwege Vorlage: 2017/0106/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 31, Fachdienst 41

Herr Bgm. Heppe trägt vorlagegemäß vor.

Stv. Moneke erklärt, dass die CDU das Vorhaben begrüße. Der Kinder- und Jugendschutz sollte vorrangig und die Gebiete von Betrieben der beschriebenen Art frei sein. Er hoffe auf eine breite Zustimmung.

Lt. Stv. Gassmann wurde der TOP noch nicht im Ausschuss beraten, aber er stimme der Schutzwürdigkeit zu. Er fragt auch, warum die ganze Stadt und nicht nur einzelne Gebiete zum Sperrgebiet erklärt würden. Er wünscht sich ebenso eine Begrenzung der Spielhallenhäufigkeit.

Stv. Montag befürwortet die Überweisung in einen Ausschuss.

Stv. Dierich ist auch für eine Begrenzung auf den Bahnhofsbereich, nicht aber für den Rest der Stadt und befürwortet auch eine Überweisung in den Ausschuss.

Auf Antrag von Stv. Schneider wird die Sitzung von 20:30 – 20:45 unterbrochen. Danach ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Bei dem Regierungspräsidium Kassel ist der Erlass einer Sperrgebietsverordnung zum Verbot der Prostitution für das gesamte Gemeindegebiet der Kreisstadt Eschwege zu beantragen.

Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**4. Sanierungsgebiet „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ und Erweiterung Sanierungsgebiet „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“
Fortschreibung der Rahmenplanung und der Sanierungsziele
Vorlage: 2017/0107/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 41

Herr StR. Große trägt vorlagegemäß vor.

Stv. Dr. Bödicker (Vors. Ausschuss für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss und empfiehlt, vorlagegemäß zu beschließen.

Lt. Stv. Reyer ist die SPD-Fraktion sehr daran interessiert, dass die positive Entwicklung fortgesetzt wird. Er fragt nach den gerichtlichen Klagen der Spielhallenbetreiber (Mindestabstände) und welche Konsequenzen dies habe. Der Magistrat möge einmal berichten.

Herr Erster Stadtrat Große verweist auf den Beschluss, wonach hierzu in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt berichtet werde.

Lt. Erstem Stadtrat Große würde die 300 m Regelung nicht störend wirken. Daher die Vorlage.

Stv. Reyer bemängelt, dass erst der Bericht abgewartet werden solle.

Erster StR Große erwidert, dass, wenn darauf bestanden würde, mit Nein abgestimmt werden solle. Er verweist gleichzeitig auf die bestehende Frist 06.10.2017.

Lt. Stv. Montag müsse die Stv.-Versammlung informiert werden, da sonst keine Kontrollmöglichkeiten bestünden. Auch er möchte das Ergebnis der Gerichtsverhandlungen haben.

Stv. Schneider erläutert, dass es um das Sanierungsgebiet gehe und bei 300 m Abstand seien alle Spielhallen außerhalb des Sanierungsgebietes.

Stv. Grüning bezieht sich auf den konkreten Vorgang, wonach eine geplante Spielhalle in der Max-Woelm-Straße durch diesen Beschluss vermieden werden soll.

Stv. Reyer stellt den Antrag, der Magistrat soll Auskunft über die Gerichtsprozesse erteilen, bevor in dieser Angelegenheit entschieden wird.

Der Sachverhalt sollte insgesamt in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen werden.

Darauf erläutert Herr Erster StR Große nochmals, dass es eine Bauvorabfrage gäbe und um die Ansiedlung einer Spielhalle zu vermeiden, müsse eine Stellungnahme abgegeben werden, deren Frist morgen ablaufe.

Stv. Montag zeigt den Widerspruch auf, da Lt. einer Aufstellung an die Bauausschussmitglieder noch eine zweite Spielhalle geplant sei.

Lt. Stv. Dietrich wäre trotz Zustimmung zur Vorlage die von Herrn Stv. Montag angesprochene Spielhalle außerhalb des Sanierungsgebietes möglich.

Stv. Schneider erklärt, wenn heute vorlagegemäß beschlossen würde, wäre die Ansiedlung einer neuen Spielhalle im Sanierungsgebiet nicht möglich.

Änderungsantrag der SPD-Stv.Fraktion:

Die in Anlage 1 enthaltene Fortschreibung des Rahmenplanes sowie die dort enthaltene Erweiterung der Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ sowie für die Erweiterung des Sanierungsgebiets „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ wird als verbindliche Grundlage zur Durchführung der Sanierungsmaßnahme beschlossen.

Der Sachverhalt wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss Bauen und Umwelt überwiesen

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 13, Nein: 16, Enthaltungen: ---

Beschluss:

Die in Anlage 1 enthaltene Fortschreibung des Rahmenplanes sowie die dort enthaltene Erweiterung der Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ sowie für die Erweiterung des Sanierungsgebiets „Stadtbahnhof und Bahnhofsumfeld“ wird als verbindliche Grundlage zur Durchführung der Sanierungsmaßnahme beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 16, Nein: 12, Enthaltungen: 1

<p>5. Antrag der SPD- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. Neuplanung Ausgleichsmaßnahme Niederhone neu Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 4, Fachbereich 1</p>
--

Herr Stv. Feiertag trägt den gemeinsamen Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktionen vor.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

1. die südwestlich von Niederhone im Zuge des Neubaus des Stadtbahnhofs durchgeführte naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme auf ihre Funktionsfähigkeit hinsichtlich des in der Maßnahmenbeschreibung ausgeführten Planungsziels zu überprüfen,
2. die Fläche auf ihre Eignung hin als Ausgleichsfläche für die beschriebene Maßnahme hin zu überprüfen,
3. die Maßnahme ggf. neu zu planen sowie anschließend fachgerecht auszuführen und
4. bei eventuellen Planungsfehlern der Vergangenheit mögliche Regressansprüche zu prüfen.

Der Ortbeirat Niederhone sowie die Niederhoner selbst sind bei allen Planungsschritten unbedingt zu hören und mit einzubeziehen.

Im Ausschuss für Bauen und Umwelt ist über die Ergebnisse zu berichten. Bei ggf. erforderlichen Neuplanungen ist der Ausschuss anzuhören.

Zur Begründung:

Im Zuge der beschriebenen Kompensationsmaßnahme war es u. A. Ziel einen Flachwasserteich und temporäre Flachwasserzonen anzulegen. Nach Inaugenscheinnahme ist dieses Ziel verfehlt.

Stv. Dietrich weist darauf hin, dass ein Drittel des Ausgleichsgeländes nicht funktioniere. Es müsse alles getan werden, um den Hochwasserschutz zu verbessern und man solle daher den Umweltschutz ernst nehmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

1. die südwestlich von Niederhone im Zuge des Neubaus des Stadtbahnhofs durchgeführte naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme auf ihre Funktionsfähigkeit hinsichtlich des in der Maßnahmenbeschreibung ausgeführten Planungsziels zu überprüfen,
2. die Fläche auf ihre Eignung hin als Ausgleichsfläche für die beschriebene Maßnahme hin zu überprüfen,
3. die Maßnahme ggf. neu zu planen sowie anschließend fachgerecht auszuführen und
4. bei eventuellen Planungsfehlern der Vergangenheit mögliche Regressansprüche zu prüfen.

Der Ortbeirat Niederhone sowie die Niederhoner selbst sind bei allen Planungsschritten unbedingt zu hören und mit einzubeziehen.

Im Ausschuss für Bauen und Umwelt ist über die Ergebnisse zu berichten. Bei ggf. erforderlichen Neuplanungen ist der Ausschuss anzuhören.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

6. Antrag der Linken-Stv.-Fraktion betr. Aufwertung der Familienkarte Plus mit neuen Vergünstigungen

neu

Zuständiger Fachbereich: Fachdienst 33, Fachbereich 4, Fachbereich 1

Hierzu hat Stv.-V. Hamp Zweifel, ob die Stv. zuständig sind, insbesondere zu Pkt 2. Er vertritt die Auffassung, den Antrag in einen Prüfauftrag zu ändern.

Danach trägt Herr Stv. Gassmann den Antrag der Stv.-Fraktion Die Linke vor.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Inhaber der Familienkarte Plus können den Stadtbus kostenlos nutzen.
2. Inhaber der Familienkarte Plus erhalten eine Ermäßigung auf den Eintrittspreis kultureller Veranstaltungen, deren Höhe mit den diversen Anbietern auszuhandeln ist.

Begründung:

Die Familienkarte Plus ist ein Erfolgsmodell. Im laufenden Jahr wurden bereits über 450 dieser Karten ausgegeben, mit der bedürftigen Familien mit Kindern Ermäßigungen von verschiedenen Anbietern eingeräumt werden.

Eschwege ist eine familienfreundliche Stadt. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, auch eigene Angebote im Rahmen dieser Vorzugskarte anzubieten. Eine Ermäßigung für den Stadtbus ist eine solche Leistung. Durch sie wird auch die Mobilität benachteiligter Personengruppen verbessert und der Grundsatz der gleichberechtigten Teilhabe gefördert.

Kulturelle Veranstaltungen werden in geringem Umfang bereits heute von der Familienkarte Plus abgedeckt. Dieses Angebot zu erweitern dient in besonderer Weise der Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Stadt.

Nachdem Stv.-V. Hamp die Formulierung bemängelt hat, gibt Stv. Gassmann den Ergänzungsantrag ab, den Antrag im Ausschuss zu beraten.

Auch Stv. Grüning befürwortet eine Überweisung in den Ausschuss und bittet um Ermittlung der Kosten zu den einzelnen Punkten.

Stv. John erklärt, dass Armut nicht sein muss, aber leider immer mehr vorhanden sei. Es solle keine Ausgrenzung stattfinden und die Familienkarte bedarf deshalb der Weiterentwicklung und daher finde er den Antrag richtig.

Beschluss:

1. Inhaber der Familienkarte Plus können den Stadtbus kostenlos nutzen.
2. Inhaber der Familienkarte Plus erhalten eine Ermäßigung auf den Eintrittspreis kultureller Veranstaltungen, deren Höhe mit den diversen Anbietern auszuhandeln ist.
3. *Der Antrag wird bezüglich der Erweiterungsmöglichkeiten zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Familie und Soziales überwiesen.*

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**7. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Errichtung eines Freibades in Eschwege
neu**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 4, Fachbereich 2, Stadtwerke, Fachbereich 1

Stv. Feiertag trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird mit den Planungen für die Errichtung eines Freibades in Eschwege beauftragt. Erarbeitete Entwürfe, Finanzierungsmodelle, Standortüberlegungen und Konzepte zur Trägerschaft sind zeitnah im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorzustellen.

Begründung:

Nach unserer Auffassung gehört ein öffentliches Freibad zur Daseinsvorsorge der Kreisstadt. Gerade für Kinder, Jugendliche und Familien fehlt es in unserer Stadt sommertags an einer geeigneten Möglichkeit, unter freiem Himmel zu baden und zu schwimmen.

U. A. seien Schwimmbäder Teil der Daseinsvorsorge und es gäbe auch Förderprogramme. Den Werratalsee zum Baden sieht er kritisch.

Stv. Schneider möchte vor einer Diskussion erst eine grobe Kostenschätzung haben als solide Basis. Auch sollen die Bürger gefragt werden. Seine Fraktion stimme zu, obwohl der Sachverhalt kritisch gesehen werde.

Auch Stv. Grüning erklärt, seine Fraktion will zustimmen, aber man werde ungeduldig über den Zustand am Werratalsee.

Stv. Thiele findet den Antrag eine gute Idee und man wolle ihn unterstützen.

Auch Stv. Gassmann befürwortet den Antrag, da Eschwege eine familienfreundliche Stadt sei. Kinder freuen sich über Freibäder und man solle positiv an die Sache herangehen. Auch sollten die Stadtwerke eingebunden werden. Ein Freibad erwirtschaftet Verluste, aber Daseinsvorsorge koste nun einmal und man solle mit den Stadtwerken zusammenarbeiten, da diese finanziell gut dastehen.

Stv. Reyer findet es positiv, dass alle zustimmen wollen. Dies zeige die Erkenntnis, dass ein Freibad fehle. Auch er meint, dass die Stadtwerke einbezogen werden sollen. Er bezweifle, ob der Werratalsee in 2018 voll genutzt werden könne, da zu viele Probleme bestehen würden.

Stv. Schneider widerspricht Stv. Gassmann. Die Stadtwerke seien solide aufgestellt, aber nicht reich. Sie haben Risiken, für die Rücklagen gebildet werden müssen. Es solle daher keine Überforderung der Stadtwerke stattfinden.

Stv. Dr. Bödicker plädiert dafür, ergebnisoffen zu planen, die Kosten festzustellen, unabhängige Berater auszuwählen und die Bürger einzubinden, um die Nachfrage festzustellen.

Bgm. Heppe sieht die Einigkeit, Schwimmen unter freiem Himmel zu ermöglichen und lädt in eine Arbeitsgruppe ein, die nicht nur aus dem Ausschuss bestehe, sondern in dem auch jede Fraktion einen Vertreter entsenden solle.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird mit den Planungen für die Errichtung eines Freibades in Eschwege beauftragt. Erarbeitete Entwürfe, Finanzierungsmodelle, Standortüberlegungen und Konzepte zur Trägerschaft sind zeitnah im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Stv.-V. Hamp fragt, ob die Sitzung, da es bereits nach 22:00 Uhr sei, fortgeführt werden solle.

Beschluss:

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 2, Nein: 27, Enthaltungen: ---

Stv.-V. Hamp schließt daher die Sitzung um 22:25 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 05.10.2017**

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

Volker Jatho
(Schriftführer)